

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 449

Mittwoch, 2. Dezember 2009

16. Jahrgang

Korrumpierte Polizei und Remilitarisierung?

Kriminalität, Mord und generelle Unsicherheit, Korruption sowie ständige Wechsel in den Reihen der Zivilen Nationalpolizei (PNC) und im Innenministerium (MINGOB) – all dies sind Gründe, über die Rolle und Fähigkeit der PNC zu reflektieren, wie dies Crosby Girón und Iduvina Hernández im Newsletter El Enfoque, Nummer 4, herausgegeben von El Observador, tun. Dies und eine Analyse der Mitteilungen aus den öffentlichen Medien ergeben ein ziemlich katastrophales Bild der PNC.

In die Notwendigkeit, die Reihen der PNC zu säubern, wurde oft insistiert. Dieser Prozess war auf gutem Weg zu Zeiten, als Adela Camacho de Torrebiarte Innenministerin war, doch seine Weiterführung wurde durch die ständigen Wechsel im Innenministerium und aufgrund dessen extremer Instabilität auch in den höheren Rängen der PNC verhindert. Diese Instabilität ist nicht nur eine Charakteristika der Regierung Alvaro Coloms, auch zu Zeiten Oscar Bergers wurden Polizei- und Regierungsmitglieder schwerer Delikte angezeigt. Ein Beispiel ist die Ermordung von drei salvadorianischen Parlamentariern und ihrem Fahrer durch mehrere Polizeiagenten einer Eliteeinheit. Die Situation verkomplizierte sich, als die festgenommen Beamten anschliessend in einem Gefängnis maximaler Sicherheitsstufe durch Todesschwadronen hingerichtet wurden, welche ihrerseits mit überraschender Leichtigkeit in die Haftanstalt eindringen konnte.

In Anbetracht der Ereignisse ist es nicht abwegig, die Rolle der PNC und der Gefängnisse bezüglich ihrer Aufgabe, die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren, zu hinterfragen. Es verwundert auch nicht, dass das Geschäft mit der Sicherheit enorm gross ist und legale private Sicherheitsfirmen jährlich mehr als 1,2 Milliarden Quetzales in Rechnung stellen. Desgleichen verzeichnet auch der Staat gewaltige Ausgaben für Sicherheit: das MINGOB verfügt über ein Budget von 2 Milliarden Quetzales und dasjenige des Verteidigungsministeriums liegt bei jährlichen 1,3 Milliarden.

Korruption und Personalwechsel in PNC und MINGOB

Seit dem Regierungsantritt von Alvaro Colom gingen einige KommentatorInnen sogar soweit, von einer „Parade“ zu sprechen angesichts der häufigen Wechsel im MINGOB und in der PNC. Im Innenministerium sass die schon erwähnte Adela Camacho de Torrebiarte, welche durch Juan Luis Florido ersetzt wurde (bekannt als Verantwortlicher einer parallelen Machtstruktur mit genug Einfluss, um gerichtliche Prozesse zu beeinflussen). Als Nächster kam Vinicio Gómez ins MINGOB, der „sauberer“ war als seine Vorgänger, aber in einem mysteriösen Flugzeugabsturz tödlich „verunglückte“ (einem erfahrenen Piloten ging nach 40 Minuten Flug der Treibstoff aus ...). Der Fall wurde bis heute nicht aufgeklärt, aber es wird gemunkelt, dass er krimineller Natur sei. So kommen wir zu Francisco Jiménez, der in einem Kontext von hoher Gewalt und vermehrten Ermordungen von Busfahrern im MINGOB übernahm – und versagte. Daher tauchte nun Salvador Gándara auf, Ex-Sicherheitswachmann und gläubiger Evangelist, der in die Politik eingestiegen ist und Bürgermeister einer der gewalttätigsten Städte Guatemalas (Villa Nueva) war. Er schaffte es innerhalb seiner Amtszeit, die professionell und effizient arbeitende *Einheit der Investigation für Menschenrechte* aufzulösen. Ein anderer Schachzug Gándaras war es, die aktuellen Polizeichefs abzusetzen, unter anderem die Direktorin Marlene Blanco Lapola, eine erfahrene Polizistin und die Schwester des derzeitigen Vorsitzenden des Friedenssekretariats (SEPAZ).

Laut Iduvina Hernández von der Organisation *Demokratische Sicherheit* (SEDEM) ist „die Ernennung Gándaras wohl auf die Ausübung von Druck zurückzuführen: einerseits aus persönlichen Gründen wie im Fall der Ehefrau des Präsidenten, die ihrerseits ebenso an die Interessen gewisser Personen gebunden ist, z.B. an diejenigen von Gándara selbst oder auch von Luis Mendizábal. Letzterer sorgte auf ziemlich direkte Weise dafür, dass Gándara Minister wurde, wenige Monaten bevor er selber den Präsidenten verriet (man erinnere sich an den Fall Rosenberg: Es war Luis Mendizábal, der an der Beerdigung von Rosenberg dessen Video unter die Leute brachte, auf dem dieser den Präsidenten und seine Gattin für seine Ermordung verantwortlich machte.

Die Red.). So gelingt es Gándara, im Juni 2009 verschiedene Wechsel in der PNC zu erwirken, welche er einen Monat vorher durch Änderungen im Polizeireglement vorbereitet hatte. Nun ist eine Gruppe von Leuten in den Führungspositionen der PNC, die mehr oder weniger direkt in den Diebstahl von über 100 kg Drogen verwickelt ist und auch schon Einträge im Führungszeugnis bzw. laufende Ermittlungsprozesse am Hals hat. (...) Gándara beendete letztendlich seine Amtsperiode katastrophal und wurde substituiert. Das Bedauerliche für die guatemaltekische Gesellschaft sind dabei nicht nur die neun verlorenen Monate, sondern auch die Auswirkungen, die dies auf den Reformierungsprozess der PNC genommen hat. Dieser wird nun um mindestens zwei Jahre verzögert, da innerhalb der Strukturen der PNC verschiedene Mafias präsent sind. (...) All das kommt jenen zu Gute, die gegen die Regierung sind. Eine wichtige Frage, die sich im Laufe der die vergangenen Jahre immer wieder gestellt hat, ist das Gesetz bezüglich des Eintritts von Personen in die Polizeiinstitution, die keine Polizeikarriere haben. Die Regierung Portillo (2000-04) ermöglichte dies, musste aber wieder zurückkriechen. Gándara ändert dann den Artikel der Polizeireglementierung über die interne Weiterbildungen, die nötig ist, um in höhere Positionen zu wechseln. Damit können aussenstehende Personen in der PNC Führungspositionen übernehmen. Daraus resultierte, dass die Direktorin Marlene Blanco Lapolo versetzt und eine Bande von Verbrechern, angeführt vom neuen Polizeichef Porfirio Pérez Paniagua, ernannt wurde. Und die jetzt von den Autoritäten gesucht werden.“

Mitte November wurde bekannt, dass Porfirio Pérez Paniagua wahrscheinlich ein Netz zum Drogendiebstahl erschaffen hatte. Dies kam ans Licht, als am 6. August ca. 100 kg Kokain gestohlen wurden und 350'000 beschlagnahmte Dollar verschwanden. Das führte zur Suspendierung von Pérez Paniagua am 10. August, der mittlerweile seit dem 28. August inhaftiert ist. Ebenso beteiligt sind andere hohe Kader der PNC. Sieben zum Teil Ex-PolizeibeamtInnen wurden am 12. November festgenommen, gegen vier weitere sind Haftbefehle ausgestellt. Neuer Polizeichef ist nun Baltasar Gomez.

Was die "reine Weste" von PolizistInnen betrifft, sind die oben genannten Vorkommnisse keine Einzelfälle. So berichtete das Menschenrechtsprokurat (PDH) Anfang September, dass allein in diesem Jahr 69 Ermittlungen gegen PolizeibeamtInnen, -chefs und -büros eingeleitet wurden. In den meisten Fällen geht es um Missbrauch von Autorität, illegale Verhaftungen, Aggressionen, Gewalt gegen Minderjährige, aber es gab auch Anzeigen innerhalb der PNC wegen Missachtung von Arbeiterrechten. Ende Oktober wurde bekannt, dass Mitglieder der PNC Schmugglerbanden informieren, wenn Polizeikontrollen anrücken, um illegale Waren zu beschlagnahmen. So gesehen, ist der Kampf gegen Straflosigkeit auch ein Kampf um die Ausmerzung von Korruption in den Reihen der PNC und dem Justizsystem. In diesen Bemühungen spielt die *Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) eine wichtige Rolle und verhalf zu einer gewissen Säuberung der Polizei.

Unsicherheit und Remilitarisierung

Die Situation des Landes analysierend, stellt Iduvina Hernández fest, dass „wir zur Zeit geschwächte zivile Sicherheitskräfte haben, begleitet von einem Anstieg von Gewalt, was ein Ausdruck der Konsolidierung des organisierten Verbrechens ist. Dies wird auch so weitergehen, wenn die Kräfte, die für die Sicherheit der BürgerInnen verantwortlich sind und Verbrechen durch Kriminalermittlung bekämpfen sollen, dermassen unfähig sind. Seit längerem bestehen wir auf der Notwendigkeit, eine polizeiliche Einheit zu kreieren, die sich auf kriminelle Investigation spezialisiert. Dass dies nicht durch die bestehenden Polizeiabteilungen geschehen kann, ist klar, da sie selbst nicht über jeden Zweifel erhaben sind. Sicherlich wird die Erschaffung einer solchen Spezialpolizei nicht von heute auf morgen geschehen, sondern das dauert mindestens vier Jahre. Grundvoraussetzung ist aber der Wille, Verbrechen zu bekämpfen.“ Positiverweise wurde am 22. Oktober eine Gesetzesinitiative eingereicht, die eine Einheit für kriminelle Ermittlung erschaffen soll.

Iduvina Hernández sieht in der Schwäche der zivilen Sicherheitskräfte auch den Grund für die Vorantreibung der Militarisierung des Landes: „Diese Schwäche hat viel mit der verlorenen Glaubwürdigkeit und dem fehlenden Vertrauen in die PNC zu tun. Die Medien übertreiben es dann noch und bekräftigen damit den Ruf nach militärischer Unterstützung. Das Verlangen nach Militarisierung kommt dem Stockholmsyndrom gleich, das die guatemaltekische Gesellschaft befallen haben könnte. Vor einigen Jahrzehnten war die Gesellschaft dem Terror ausgesetzt, herbeigeführt durch ethnischen und politischen Genozid, welcher durch die Militärapparate des Staates ausgeführt wurde. Das damals verursachte Trauma wurde nie aufgearbeitet, so dass die gleiche Gesellschaft wieder nach dem Militär ruft - eine Institution, die eh immer präsent war und für einen Teil der kriminellen Aktivitäten verantwortlich ist.“

Freilich wird das Verlangen nach Militarisierung nicht von allen BürgerInnen geteilt. Anfang Oktober demonstrierten verschiedene Organisationen in Ixcán, Quiché, gegen die Wiedereröffnung eines Militärstützpunktes in der Region, da es an die Geschichte und Massaker des internen bewaffneten Konflikts erinnern und alte, nicht geheilte Wunden öffnen würde. Die indigene Anführerin Reina Caba bekräftigte, dass die Regierung das Gebiet remilitarisieren möchte, um Sicherheit zu schaffen. Allerdings müsste dies durch die Erhöhung der Zahl der PolizistInnen geschehen und nicht durch SoldatInnen. Vielmehr diene die Militarisierung dazu, Kontrolle über das Gebiet der *Franja Transversal del Norte* zu erhalten sowie über andere Regionen, in denen der Staat seinen Einfluss verloren hat. Dies wird offiziell als Grund für die Wiedereröffnung von

Militärstützpunkten angegeben. Interessanterweise liegen die neun bereits wieder eröffneten Stützpunkte nicht in den am stärksten von Gewalt betroffenen Gebieten.

Die Förderung des Militärs durch die Regierung ist mittlerweile eine Tatsache: Anfang September versprach der Präsident, die Zahl der SoldatInnen von 15'000 auf 25'000 zu erhöhen, um die Kapazität der Armee wiederzuerlangen und das *“nationale Territorium zu kontrollieren”*. Gegenstimmen argumentieren, dass gemäss der Friedensabkommen die Stärkung des Militärs nur dann geschehen darf, wenn nationale Bedrohung oder internationale Konfrontation bestehen. Ansonsten müssten die zivilen Kräfte und das Justizsystem gestärkt werden. Trotzdem berichtete die Zeitung *Prensa Libre* am 6. Oktober dieses Jahres, dass eine Milliarde Quetzales dem Budget der Armee zusätzlich zugesprochen werden sollen. Auch erhielt die Armee 150 Anfragen für eine Wiedereröffnung von Militärstützpunkten, hauptsächlich in der Hauptstadt, aufgrund der hohen Kriminalitätsrate. Militär zu verlangen, ist laut der Organisation *Incidencia Democrática* unlogisch, da SoldatInnen nicht für die Erhaltung der Sicherheit, sondern für Krieg ausgebildet sind. Das Gefühl der Sicherheit, welches vermittelt wird, wenn man SoldatInnen in den Strassen sieht, ist also trügerisch. Die Militärpräsenz ist ausserdem ohne Polizeipräsenz unnütz, da die SoldatInnen nicht befähigt sind, Verhaftungen durchzuführen. Dass die Sicherheit vom Militär nicht garantiert werden kann, zeigt auch das Beispiel des Stützpunktes von San Juan Cotzal, Departement Quiché: Am 4. Februar zur Unterstützung der PNC eröffnet, schloss der Stützpunkt am 7. November, nachdem ein Polizeibeamter von BürgerInnen gelyncht wurde und die Sicherheit der SoldatInnen nicht gewährleistet werden kann.

Einschränkungen der PNC

Die PNC verzeichnet reelle personelle und materielle Einschränkungen. Im Departement Guatemala kommt einE PolizistIn auf 14'608 EinwohnerInnen. Über 3000 PolizistInnen machten ihren Abschluss bis November 2009, doch gab Marlene Blanco zu, dass die neuen RekrutInnen nicht ausreichen, um die Sicherheit zu garantieren. mobile Patrouillen haben kein Benzin, Motorräder sind defekt, und einige Polizeistationen funktionieren ohne Telefon, Wasser oder Strom. Dazu kommen mickrige Löhne, welche Korruption geradezu fördern und teilweise für Munition und Uniform ausgegeben werden müssen. Das Budget der PNC wurde um 289 Millionen Quetzales gekürzt. Wie die CICIG bestätigt, fehlt den BeamtInnen das entsprechende Profil oder sie sind in Verbindung mit kriminellen Vereinigungen und somit unfähig, für Sicherheit zu sorgen. Im Gegenteil, vermehrt werden PolizistInnen angegriffen: allein am 9. Oktober gab es fünf bewaffnete Überfälle auf Mitglieder der PNC. Polizeibüros, die vor ihren Türen Sandsäcke zum Schutz aufstapeln, sind ebenso kein Einzelfall.

Das Vorgehen der PNC wird auch dadurch geschwächt, dass jeder Regierungswechsel Änderungen in den Arbeitsplänen erfordert. Dies und andere Reformierungen des *Gesetzes der Polizeilichen Institution* von 1997 wird seit Ende September an einem runden Tisch zwischen PolitikerInnen, sozialen Organisationen und RepräsentantInnen der PNC besprochen. Es sollen Reformvorschläge bis spätestens Anfang 2010 erarbeitet werden. Ebenso soll verhindert werden, dass ein Anwalt oder eine Anwältin DirektorIn der Polizei werden kann, wie dies zur Zeit möglich ist. Auch die Verbesserung in der Ausbildung und die Würdigung der Polizeiarbeit sei von Nöten. Laut Regierung werden sogar chilenische Carabinieros eingeladen, um in der Polizeiorganisation zu helfen. 2010 werden zwei neue Polizeischulen eröffnet, die ihren Schwerpunkt auf die Ermittlung in Fällen von Raub, Entführung und Mord legen. In Anbetracht der Mordrate, die im September auf täglich 20 Opfer stieg, was, neben anderen Gründen, auf die häufigen Wechsel in der Polizeiführung zurückzuführen ist, erscheint die Reformierung und Modernisierung der PNC unumgänglich.

Rimessen: wer schickt sie und wer erhält sie?

Guatemala, 23. Nov. Etwa 1,5 Mio. GuatemaltekinInnen (11% der Gesamtbevölkerung) leben in den USA und tragen mit ihren Geldrucksendungen rund 11% zum guatemaltekischen Bruttoinlandprodukt bei. Bis Ende Oktober 2009 wurden 3,300 Mio. US-\$ in Form von sogenannten Rimessen an ihre Familienangehörigen in Guatemala geschickt. Dies ist 10% weniger als im selben Zeitraum im Vorjahr. Ob und wie dieser Rückgang von Geldsendungen das Leben der Begünstigten beeinträchtigt, untersucht eine kürzlich veröffentlichte Studie der Internationalen Organisation für Migration (IOM).

Im laufenden Jahr ging die durchschnittliche monatliche Geldrucksendung pro Familie um 606 Quetzales (73 US-\$) zurück und beträgt aktuell noch rund 2200 Quetzales (272 US-\$). Dies ist ein beachtlicher Verlust angesichts der Tatsache, dass 60% der Remissen-EmpfängerInnen Familien mit einem Einkommen unter 2500 Quetzales sind. Auch wenn bei der Umfrage 65% der befragten Familien angaben, dass ihre Lebenssituation heute schlechter sei, schieben es nur 38% davon auf die reduzierten Geldsendungen aus den USA. Sonia Pellecer, Expertin der OIM, erklärt, dass es vielmehr die Krise an sich ist, welche die Familien trifft und weniger der Rückgang der Rimessen. Die MigrantInnen im Norden würden alles daran setzen, weiterhin Geld nach Hause schicken zu können. Rund 8% von ihnen haben den Wohnort gewechselt in eine Region, die mehr

Arbeitsplätze bietet, 11% haben ihre gesamten Ersparnisse „nach Hause“ geschickt. Dies, weil sie befürchten, bei einer möglichen Rückschaffung dieses Geld zu verlieren.

Rund 40% der Rimessen werden von den Begünstigten für den täglichen Unterhalt, also in erster Linie für Nahrung ausgegeben. Gemäss Pellecer hat der Rückgang der Rimessen nicht direkt die Nahrungssicherheit des Landes beeinträchtigt, jedoch die Ernährungsgewohnheiten und den Lebensstil der einzelnen Familien verändert, die heute weniger Fleisch oder Milch konsumieren bzw. auf Lebensmittel minderer Qualität ausweichen oder ganz auf gewisse Produkte verzichten. Rund 5% der Rimessen-EmpfängerInnen sahen sich gezwungen, im Verlauf des Jahres Schmuck, Möbel, Land oder Fahrzeuge zu verkaufen, um das Ausbleiben der Geldsendungen auszugleichen. Andere haben Hypotheken auf ihre Häuser oder auf ihr Land aufgenommen. Gemäss Ubaldo Villatoro vom Nationalen Rundtisch für Migration (MENAMIG) führte dies zu einer Preissenkung für Ländereien, was wiederum jenen Familien zugute kommt, die keine Verwandten in den USA haben, die sie finanziell unterstützen, und denen es bisher unmöglich war, Land zu kaufen.

Leider leidet (wenn auch „nur“ sekundär) auch die Bildung unter dem Rückgang der Rimessen. Viele Familien sahen sich gezwungen, ihre Kinder wieder in die öffentlichen Schulen zu schicken, die in gewissen Regionen nur bis zur 6. Klasse anbieten. Allgemein steht aber die Bildung auf der Prioritätenliste für Investitionen hinter Nahrung, Kleidung und Haushaltsgeräten, unabhängig vom Rückgang der Geldsendungen, erst an vierter Stelle. Gemäss Villatoro ist es schwierig, die Kinder von Rimessen-EmpfängerInnen für eine höhere Bildung zu motivieren, da ihr Ziel sowieso die Migration ist, welche sie als lukrativer einschätzen als ein Schulabschluss oder gar ein Studium.

Nebst den direkt betroffenen Familien beeinträchtigt der Rückgang der Rimessen die Ökonomie des ganzen Landes, da der Konsum generell zurückgeht. Am stärksten spüren das kleinere Geschäfte in jenen Gemeinden oder Dörfern, in denen es viel Migration gibt.

Entgegen den oft wiederholten Stereotypen sind es nicht in erster Linie Indígenas vom Land, die migrieren. Im Gegenteil ist es die Hauptstadt, die den grössten Teil der MigrantInnen stellt, und die Mehrheit (70%) von ihnen sind männliche Ladinos. So sind es denn auch in erster Linie Ladino-Familien, die Rimessen erhalten bzw. deren Einkommen nun zurückgeht.

Start des Megaprojektes Franja Transversal de Norte

Nenton/Ixcán, 21. Nov. Der Präsident Guatemalas Alvaro Colom eröffnete offiziell den Baubeginn der Strasse *Franja Transversal del Norte*. Dieses schon seit vielen Jahren geplante und diskutierte Megaprojekt wird von Umweltverbänden aufgrund ihrer potentiellen Schäden am Naturschutzgebiet Laguna de Lachua abgelehnt.

Für die guatemalteckische Regierung ist der Ausbau der Ost-West-Verbindung, der *Franja Transversal del Norte*, von Bedeutung. Ursprünglich während der Regierungszeit von Oscar Berger für über 600 Mio. US-\$ geplant, hat Colom das Projekt auf 275 Mio. US-\$ zurückgestutzt. Die über 300 km lange Strasse führt durch ein an Ressourcen reiches Gebiet, liegt nahe der mexikanischen Grenze und verbindet die beiden Häfen Puerto Santo Tomás (Atlantik) und Champerico (Pazifik).

Die Eröffnung des Projektes fand an zwei Orten statt, die zum einen zu den ärmsten des Landes gehören und zum anderen durch die Repression der Militärregierung der 70er und 80er Jahre besonders stark betroffen worden sind: Nenton, Huehuetenango, und Ixcán, El Quiché.

Für die Regierung – so erklärte es der für Kommunikation zuständige Staatssekretär im Präsidialamt Ronaldo Robles – wird die Region durch dieses Projekt wirtschaftlich entwickelt. Umweltpolitische Belange seien dank der von der Vorgängerregierung durchgeführten Studien ausreichend berücksichtigt worden. Zudem verböten die bestehenden Gesetze nicht, dass eine Strasse durch Naturschutzgebiete führen könne.

Das sieht Magali Rey Rosa ganz anders. Die Aktivistin der Umweltschutzgruppe Savia verwies darauf, dass der *Nationale Rat für Naturschutzgebiete* (CONAP) gemäss seines gesetzlichen Auftrags die Laguna de Lachua hätte schützen müssen, was er jedoch unterlassen habe. Wenn die Strasse nicht verhindert werden könne, dann werde diese der Anfang einer unwiederbringlichen Zerstörung des dortigen Wassers, der Flora und Fauna sein, denn mit der Strasse würden unzählige Interessenten angelockt, die das Gebiet wirtschaftlich ausbeuten würden. Dieses Phänomen habe man schon am Izabal-See und bei der Ölförderung im Peten beobachten können, so Rey Rosa weiter.

Im Übrigen muss das Projekt *Franja Transversal de Norte* in einem grösseren Zusammenhang gesehen werden. Zum einen ist das Gebiet wie erwähnt Grenzgebiet zu Mexiko und zum anderen ist es nicht zu trennen vom Plan Mesoamérica bzw. der Initiative Merida (siehe separater Artikel in dieser Ausgabe).

Die „Integration“ nimmt Formen an

Guatemala, 28. Nov. Ende Oktober stattete der mexikanische Präsident Felipe Calderón Guatemala einen zweitägigen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit weihte er zusammen mit dem guatemalteckischen Präsidenten

Alvaro Colom verschiedene Infrastrukturprojekte ein, die im Rahmen des einstigen Plan Puebla Panamá (heute Plan Mesoamérica) realisiert werden, besuchte den guatemaltekischen Kongress und die RichterInnen des Obersten Gerichtshofs.

Mediales Aufsehen erregte die Einweihung der Elektrizitätswerk Los Brillantes im Departement Retalhuleu. Dieses Unterwerk verbindet über rund 100 km Leitung und mit 227 Strommasten Retalhuleu mit dem mexikanischen Tapachula und ist somit ein wichtiger Beitrag zum überregionalen Strommarkt. Nebst der Stromleitung wurde auch eine Glasfaserleitung gelegt, mit der Daten und Stimme übermittelt werden können. Finanziert wurde dieses Projekt mit einem Beitrag von 55 Mio. US-\$ von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID).

Sowohl Calderón wie Colom betonten bei dem Einweihungsakt, dass ein Ziel dieses Projektes sei, mehr Gemeinden in beiden Ländern an die Stromversorgung anzuschliessen. Schöne Worte, aber: Mitte Oktober schickte Calderón Militär und Bundespolizei los, um das wichtigste Stromverteilungsunternehmen Luz y Fuerza del Centro „einzunehmen“ und auf der Stelle 44'000 Angestellte zu entlassen. Damit entledigte er sich der starken und unabhängigen Gewerkschaft des Unternehmens, die sich gegen seine Wirtschafts- und Privatisierungspolitik stellt.

Das Interesse Guatemalas an Los Brillantes liegt in erster Linie darin, dem bisherigen Monopolbetrieb für Stromverteilung, der spanischen Unión Fenosa, mit deren Service die Bevölkerung überhaupt nicht zufrieden ist, eine Konkurrenz zu geben.

Die grossen Infrastrukturprojekte sind Teil eines Investitionsplans für Zentralamerika und Mexiko. Für Alejandro Villamar, Aktivist des mexikanischen Netzwerks Front gegen Freihandel, wird mit diesen Projekten die alte Idee einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA) weitergeführt. Heute sei es die Organisation Amerikanischer Staaten (OEA), die an ihren Regierungstreffen und –gipfeln, aber auch auf der Unternehmens- und Zivilgesellschaftsebene dieses Projekt unter dem Namen „Proceso de la Cumbre de las Américas“ vorantreibe. Die Worte Calderóns geben Villamar recht: „Mit dieser Stromleitung verbinden wir ganz Mesoamerika, von Mexiko bis Kolumbien. Über dieses Netz fliesst nicht nur Strom, sondern auch kommerzielle und wirtschaftliche Energie.“

Auf der Agenda des Besuchs von Calderón in Guatemala standen aber auch der Kampf gegen den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen. Dieser Punkt der Initiative Mérida ist vor allem den Interessen und der Finanzierung durch die USA geschuldet. (Am 17. November erhielt Guatemala von der US-Regierung im Rahmen des Plan Mérida 6.75 Mio US-\$ für „die Prävention von Delinquenz, Drogenhandel und organisiertes Verbrechen“.)

Dazu schreibt der Analyst und Lateinamerikaspezialist John Saxe-Fernandez: „Der Plan Colombia und die Mérida-Initiative wurden in den Jahren 2000 und 2008 paktiert. Ihr Ziel ist die Verteidigung der geostrategischen Interessen und der Monopolstellung der USA in der Region. Durch Privatisierungen und diplomatisch-militärische Interventionen wird Lateinamerika als strategische Reserve kontrolliert, gerade jetzt, wo die USA 60% ihres Ölverbrauchs importieren müssen und die lebensnotwendigen Ressourcen knapp werden. Und wie Ignacio Ramonet im Prolog des Buches von Hernando Calvo über den Staatsterror in Kolumbien schreibt: „Das oligarchisch-imperiale Fachwerk fördert die Vertreibung jener, die in den ressourcenreichen Gebieten leben. Ihr Land eignen sich Grossgrundbesitzer, Paramilitärs und wirtschaftlich Mächtige an. Es geht um Land, Gas und Öl, um Bergbau, Biodiversität und Wasser.“

Calderón besuchte noch weitere Orte und Projekte: Er besuchte Xalbal, ein Dorf im Ixcán. Dort ging es nicht in erster Linie um den geplanten und umstrittenen Stausee, sondern um eine Gedenk- und Dankesfeier in Erinnerung an die in der Region verübten Massaker während des bewaffneten Konflikts, die viele Menschen über die Grenze nach Mexiko trieben, wo sie von der mexikanischen Regierung aufgenommen wurden.

Und er nahm an der Eröffnungsfeier des Genzübergangs „El Ceibo“ statt, der den Petén mit Chiapas und Tabasco verbindet. Hier geht es nicht zuletzt um touristische Interessen und um eine komfortablere Verbindung zwischen den Mayastätten Tikal, Banampak und Palenque.

All dies und viel mehr in nur zwei Tagen.

Hört endlich auf! - Zum Internationalen Tag gegen die Gewalt an Frauen

Guatemala, 25.Nov. Anlässlich des Internationalen Tages gegen die Gewalt an Frauen beschäftigt sich Politik und Gesellschaft in Guatemala in verschiedenen Veranstaltungen mit diesem alarmierenden Thema (siehe ¡Fijáte! 446).

Bereits am 10. November riefen VertreterInnen der Vereinten Nationen in Guatemala eine lateinamerika-weite Kampagne gegen die Gewalt an Frauen aus. Mauricio Valdés, Vertreter des UN-Entwicklungsprogramms (PNUD) in Guatemala, erklärte, dass die regionale Kampagne das Ziel habe, die Regierungen, Zivilgesellschaften, Frauen- und Jugendorganisationen sowie die Medien aufzufordern, ihre Kräfte zu vereinen, um die Welle von Gewalt gegen Frauen und Mädchen einzudämmen. Mit konkreten Aktionen soll gemeinsam mit den Regierungen Programme entwickelt werden, die der Gewaltprävention dienen und gleichzeitig die Einhaltung der vorhandenen lokalen Gesetze und internationalen Vereinbarungen fördern. Rita Cassisi von der

UN-Frauenorganisation (UNIFEM) war in ihren Äusserungen konkreter. Sie warb für eine grundsätzliche Bewusstseinsänderung in der Gesellschaft. Gewalttaten gegen Frauen seien nicht einfach ein Teil der allgemeinen Gewalt, sondern eine grundsätzliche Infragestellung der Menschenrechte. Sie verursachten zudem enorme soziale und wirtschaftliche Kosten und diskreditierten den Beitrag, den Frauen zur Entwicklung des Landes beitrügen.

Laut UNIFEM sind Millionen Frauen und Mädchen in Lateinamerika Opfer verschiedenster Formen der Gewalt. Eine Ursache sieht Cassisi in der männerdominierten Kultur (Machismo), die auf dem Kontinent herrsche. Sie verwies darauf, dass die lateinamerikanischen Staaten, welche die „Konvention gegen jegliche Form der Frauendiskriminierung“ unterschrieben hätten, bisher nur drei von 76 Forderungen eingehalten hätten, was auch daran liege, dass Frauen weiterhin nur eine Minderheit sowohl in der Legislative wie auch in der Exekutive seien.

Auch die guatemalteckische Regierung hat sich eine Woche später (am 16. November) des Themas in einer öffentlichen Veranstaltung angenommen. Auf Einladung des Vizepräsidenten diskutierten diverse ExpertInnen unter dem Motto „Sehen, Entgegentreten, Lösen“ über die Gewalt gegen Frauen. Vizepräsident Rafael Espada sagte, die Exekutive habe ihren Fokus darauf gelegt, die Kultur der Misshandlung durch Erziehungsmassnahmen anzugehen, sodass die Frau erkennen könne, in welchem Moment sie zu einem Opfer werde und wohin sie sich wenden könne. Er gab zu, dass diese von ihm nicht weiter spezifizierten Massnahmen nur langfristig Erfolge erzielen können.

Guatemala ist – so bilanzierte Carlos Castresana von der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) – nach Mexiko und El Salvador das zentralamerikanische Land mit der höchsten Zahl an Frauenmorden. Castresana kritisierte, dass effiziente Massnahmen des Staates gegen Frauenmorde gegen Null gingen und damit dazu beitrügen, dass diese Untaten weitergingen. Es könne mitnichten von Präventionsmassnahmen des Bildungs- und Gesundheitsministeriums gesprochen werden.

Die Straflosigkeit belegte Castresana mit folgenden Zahlen: Von den zwischen 2005 und 2007 bekannt gewordenen fast 2000 Frauenmorden wurden nur 93 Fälle vor die Justiz gebracht, nur 43 dieser Fälle endeten mit einer Verurteilung des Täters. Das bedeute eine Effektivität von 2,1 Prozent und eine Straffreiheit von 97,9 Prozent aller Mordfälle.

Nach Ansicht von Norma Cruz von der Stiftung Überlebende (Fundación Sobrevivientes) hat die Zahl der Frauen, die Gewalttaten anzeigen, zugenommen. Allein ihre Organisation betreue sechzig Prozesse wegen Misshandlungen und dreissig Prozesse wegen Mordes, und es gebe noch mindestens zehn weitere ähnliche Organisationen. Allein im Jahre 2009 seien bis Mitte November 632 Frauen und mehr als 500 Kinder getötet worden.

Was tun? Nach Einschätzung von Castresana ist es wichtig, die Männer in den Kampf gegen die Gewalt an Frauen einzubeziehen, da die Gewalt mit der Dominanz des männlichen über das weibliche Geschlecht verbunden sei.

Auf diese Frage geht auch die Kolumnistin der Prensa Libre Marielos Monzón ein. Gewalt gegen Frauen – so schreibt sie – habe viele Gesichter: die der angegriffenen Frauen und die der Agressoren, die Gewalt in der Öffentlichkeit und die im Privaten. Die extremsten Gesichter seien jene der ermordeten Frauen, die zuvor gefoltert und missbraucht wurden, oder der Kinder, die von ihren Familien misshandelt und sexuell ausgebeutet wurden. Die Gewalt habe das Gesicht einer Arbeiterin, einer Hausangestellten, der Studentin, der indigenen Frau, der Mitbewohnerin und der Migrantin.

In jedem dieser Fälle sei Hass und eine Diskreditierung der Frau als solcher vorhanden, ein Verhältnis von Ungleichheit, das von Generation zu Generation weitergetragen werde – auch durch Bücher, Filme oder Werbung. Die Reduktion der Frau auf ihre Rolle als Opfer, sexuelles Objekt oder Privatbesitz. Nach einer UN-Studie hat mehr als die Hälfte der zentralamerikanischen Frauen in ihrem Leben einen gewalttätigen Übergriff erlebt, meist von engen Angehörigen.

Eine solche Kultur im Privaten werde dann in Zeiten der politischen Gewalt und des Bürgerkriegs, in denen in Guatemala unvorstellbare Gräueltaten ungestraft stattgefunden haben, noch verstärkt. Daher – so schliesst Marielos Monzón mit den Worten des Direktors von PNUD, Xavier Michon – sei der erste Schritt im Kampf gegen diese Geissel der Menschheit, das Bewusstsein über deren Natur und ihre Tragweite und Konsequenzen für die gesamte Gesellschaft zu schärfen. Es gebe eine einzige universelle Wahrheit, die für alle Länder, alle Kulturen und alle Gemeinschaften gelte: die Gewalt gegen die Frauen ist niemals akzeptabel, niemals zu entschuldigen und niemals zu tolerieren.

Damit schliesst sich der Kreis, und wir sind wieder bei den Zielen der Kampagne der Vereinten Nationen, der Gewalt gegen Frauen ein Ende zu setzen.

Am 25. November machten CICIG und UNIFEM in einer Presseerklärung anlässlich der offiziellen Zeremonie im guatemalteckischen Kongress deutlich, dass der Schutz der Frauen zwar hauptsächlich in der Obhut des Staates liege. Was aber sei – so fragt Gladys Acosta von UNIFEM – , wenn es nicht-staatliche Akteure gäbe, die mehr Einfluss hätten als der Staat bzw. die von diesem nicht kontrolliert werden könnten? Die Situation der Frauen könne nur wirklich verstanden werden, wenn die Zusammenhänge zwischen der organisierten Kriminalität in Zentralamerika und den Gewalttaten gegenüber den Frauen offengelegt werden.

NEIN zur Gewalt zu sagen, ergänzte Rebeca Grynspan von PNUD, heisse gleichzeitig NEIN zur Straflosigkeit zu sagen. Straflosigkeit nicht nur im juristischen, sondern auch im gesellschaftlichen Sinne. Eine Kultur des Friedens könne nicht ohne die Anerkennung der grundlegendsten Rechte entwickelt werden – und sei es das Recht, eine Frau zu sein, ohne in Gefahr zu leben und nur aufgrund dieser Tatsache ermordet zu werden.

Vizepräsident Estrada hat sicher in dem Punkt recht, dass sich die machistische Kultur und – möchte man hinzufügen - ihre Verbindung mit klandestinen gesellschaftlichen Strukturen nicht von heute auf morgen ändern lassen. Aber seine Hausaufgaben muss seine Regierung schon machen. Ein Gesetz gegen die Gewalt an Frauen zu verabschieden, sich in öffentlichen Diskussionen dem Thema zu stellen, offiziöse Veranstaltungen abzuhalten, mögen erste Schritte sein. So lange aber die Täter so gut wie immer straffrei davonkommen, solange die Verbindung zwischen klandestinen Strukturen und staatlichen Stellen nicht gekappt werden, so lange wird sich nichts ändern – weder kurzfristig, noch langfristig.



¡Fijáte!

www.guatemala.de/Fijate

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch
Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!
Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
barbara-m@bluewin.ch
E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!
Christian Hagmann
Am Bahnhof 6
78315 Radolfzell
fijate@web.de
E-Mail-Abo: Euro 50.-